

Eltern in der Schweiz zahlen am meisten

von Matthias Scharrer — az Limmattaler Zeitung



Ein Krippenplatz kostet in Zürich pro Tag 112 Franken. Die Eltern bezahlen davon durchschnittlich zwei Drittel. © Keystone

Eine Studie über Betreuungskosten gibt der Volksinitiative der AL Rückendeckung.

Kinderkrippenplätze sind in der Schweiz nicht wesentlich teurer als im benachbarten Ausland. Doch sie belasten Familienbudgets hierzulande massiv stärker als jenseits der Grenzen.

Dies zeigt eine im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen erstellte Studie. Eine Volksinitiative der Alternativen Liste, die im Kanton Zürich im Herbst zur Abstimmung kommt, soll Abhilfe schaffen.

Für die Studie verglichen Susanne Stern vom Forschungsbüro Infrac und Christina Felfe von der Universität St. Gallen letztes Jahr Kinderkrippentarife und -finanzierungsmodelle in den Kantonen Zürich und Waadt sowie in Deutschland, Österreich und Frankreich.

Sie griffen dabei auf Daten aus regionalen Fallstudien zurück. Im Rahmen eines Mediengesprächs über die AL-Initiative präsentierten sie gestern in Zürich ihre Befunde.

Die Vollkosten für einen Krippenplatz belaufen sich demnach in Zürich pro Tag auf 112 Franken, im Waadtland auf 111 Franken – und im Durchschnitt aller untersuchten Regionen auf 104 Franken. Am teuersten sind Krippenplätze gemäss der kaufkraft- und inflationsbereinigten Studie in Frankfurt am Main und Lyon.

«Bis zu einem gemeinsamen Pensum von 140 Prozent lohnt sich Erwerbsarbeit für beide Elternteile.»

Susanne Stern, Forschungsbüro Infrac

Dort belaufen sich die Vollkosten pro Tag auf 136 Franken. Am günstigsten schnitten Krippen im ostdeutschen Dresden sowie im ländlichen Tirol ab, mit Werten zwischen 63 und 100 Franken pro Tag.

Frappanter sind die Unterschiede bei den Beiträgen, die die Eltern in den untersuchten Regionen an die Krippenkosten bezahlen müssen: Im Kanton Zürich liegt der Anteil der Eltern durchschnittlich bei zwei Dritteln der Krippen-Vollkosten, während die öffentliche Hand ein Drittel übernimmt; in der Waadt übernehmen Eltern 38 Prozent der Vollkosten, die öffentliche Hand 49 Prozent, Arbeitgeber 9 Prozent.

Im benachbarten Ausland liegen die Elternanteile massiv tiefer: In Österreich sind es rund 25 Prozent, in Frankfurt 14 Prozent, in Lyon 16 Prozent.

Anhand von Fallbeispielen rechnen die Verfasserinnen der Studie vor, wie stark dies Familienbudgets belastet. Bei einem verheirateten Paar, dessen Arbeitspensum zusammengerechnet 167 Prozent beträgt und dessen zwei Vorschulkinder je 3,5 Krippentage pro Woche brauchen, entfallen im Raum Zürich demnach gut 20 Prozent des Haushaltseinkommens auf die Betreuungskosten.

Da die Zahl der subventionierten Krippenplätze limitiert ist, federn sie die Belastung nicht bei allen ab, die darauf angewiesen wären. Im Waadtland machen die Betreuungskosten gemäss Fallbeispiel 16 bis 18 Prozent des Familienbudgets aus.

In den untersuchten Regionen des benachbarten Auslands sind es maximal 10 Prozent, zum Teil auch deutlich weniger. Das Problem: Je grösser der Anteil der Krippenkosten am Familienbudget, umso weniger lohnt sich Arbeit für einen Elternteil. Susanne Stern hat diesen Effekt, den sogenannten negativen Erwerbsanreiz, am Beispiel der Krippenkosten in der Stadt Zürich berechnet.

Ihr Befund: «Bis zu einem gemeinsamen Pensum von 140 Prozent lohnt sich Erwerbsarbeit für beide Elternteile.» Liegt das gemeinsame Pensum darüber, sei es rein finanziell zumindest kurzfristig lohnender, wenn ein Elternteil die Arbeit aufgibt. Meistens sei dies die Mutter.

«Wir wollen Arbeitgeber, die schon Krippen betreiben, nicht bestrafen.»

Niklaus Scherr AL

Um diesen Effekt zu durchbrechen, hat die AL ihre Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» lanciert. Demnächst wird der Zürcher Kantonsrat darüber befinden, und am 25. September entscheiden die Kantonalzürcher Stimmberechtigten über die Vorlage. Sie orientiert sich am Finanzierungsmodell, das im Kanton Waadt bereits 2006 eingeführt wurde und in den Kantonen Neuenburg und Freiburg Nachahmer fand.

Es sieht vor, dass sich Arbeitgeber kantonsweit flächendeckend an der Finanzierung von Kinderkrippen beteiligen.

Laut der AL-Initiative würden sie zwischen zwei und fünf Promille der Lohnsumme in einen Fonds zur Krippenfinanzierung einzahlen. Der Beitrag wäre vom Regierungsrat so anzusetzen, dass er mindestens 30 Prozent der jährlichen Leistungen der öffentlichen Hand an familienergänzende Kinderbetreuung entspräche.

Firmen, die bereits selber Krippen führen, mitfinanzieren oder ihren Angestellten Betreuungsbeiträge zahlen, könnten dies von den Fondszahlungen abziehen. «Wir wollen Arbeitgeber, die schon Krippen betreiben, nicht bestrafen», so Niklaus Scherr von der AL.

In der vorberatenden Kantonsratskommission fand die Initiative keine Mehrheit. Lediglich AL, SP und Grüne unterstützen sie.